

Die Landesgruppen von SPD und CDU im Bundestag. Zum Stellenwert im innerfraktionellen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess

Gerrit Kwaschnik

Bereits einen Tag nach der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag und noch einen Tag vor der Konstituierung der AfD-Bundestagsfraktion gründete sich am 25. September 2017 die bayrische AfD-Landesgruppe.¹ Diese Strukturentscheidung fiel, obwohl die Alternative für Deutschland bis dahin noch keinen Tag im Bundestag zugebracht hatte. Auch die ostdeutschen Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion bildeten, nach vier Jahren Abstinenz vom bundespolitischen Parkett, in der ersten Woche der neuen Wahlperiode wieder eine Landesgruppe.² Was bei SPD und CDU/CSU schon seit Dekaden fester Bestandteil der innerfraktionellen Organisationsstruktur ist – die NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion etablierte sich bereits vor mehr als 50 Jahren –, hat sich anscheinend auch bei den anderen Fraktionen durchgesetzt.

Schon Jahrzehnte gehören die Landesgruppen der großen Bundestagsfraktionen „zur inneren Anatomie des Bundestages“³. Aus dem parlamentarischen Arbeitsalltag sind die Landesgruppen nicht mehr wegzudenken. Daher erscheint es umso erstaunlicher, dass sich die politikwissenschaftliche Forschung den Landesgruppen bisher kaum angenommen hat. 1993 konstatierte bereits *Alf Mintzel* in seinem Beitrag zur CSU im Speziellen und dem Stand der Parteienforschung im Allgemeinen, dass die Landesgruppen, vor allem auch jenseits der CSU-im Bundestag, „ein Desiderat der Parlamentarismusforschung“⁴ seien. Auch zwanzig Jahre nach seiner Feststellung sind sie es geblieben; die Landesgruppen bedürfen weiterhin grundlegender wissenschaftlicher Auseinandersetzung.⁵ Was sich in der Literatur zu ihnen finden lässt, beschränkt sich weitestgehend auf bruchstückartige und vage Aussagen über Stellung, Wirkung und Aktionsradius. Dies war Anlass genug, sich im Rahmen einer explorativen Studie mittels qualitativer Interviews und Hintergrundgesprächen mit Landesgruppenvorsitzenden von SPD und CDU der Bedeutung der Landesgruppen im innerfraktionellen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess zu nähern, um diese Akteure

- 1 Vgl. AfD-Landesverband Bayern, Pressemitteilung der Bayrischen Landesgruppe der AfD-Fraktion vom 26. September 2017, <https://www.afdbayern.de/pressemitteilung-der-bayrischen-landesgruppe-der-afd-fraktion/> (Abruf am 2. Januar 2018).
- 2 Vgl. „Landesgruppe gegründet: FDP-Bundestagsabgeordnete wollen Osten mehr Gewicht geben“, in: Berliner Zeitung online vom 26. September 2017, <https://www.berliner-zeitung.de/politik/bundestagswahl/landesgruppe-gegruendet-fdp-bundestagsabgeordnete-wollen-osten-mehr-gewicht-geben-28489364> (Abruf am 13. Mai 2018). Die „Ostdeutsche Landesgruppe“ setzt sich aus einem Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern, je zwei aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie je drei aus Sachsen und Berlin zusammen.
- 3 „Geschlossenheit macht stark: Landesgruppen im Bundestag“, in: Bundestags-Report 9/10, 1992, S. 22 – 24, S. 22.
- 4 *Alf Mintzel*, Die CSU in Bayern als Forschungsobjekt – Entwicklung, Stand, Defizite und Perspektiven der CSU-Forschung, in: *Oskar Niedermayer / Richard Stöß* (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 81 – 118, S. 105.
- 5 Vgl. *Helmar Schöne*, Informalität im Parlament: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: *Stephan Bröchler / Timo Grunden* (Hrsg.), Informelle Politik, Wiesbaden 2014, S. 155 – 175, S. 164.

im Bundestag endlich empirisch auszuleuchten und einen Grundstein für weitergehende Forschung zu legen.

1. Gegenstandsbeschreibung und Forschungsstand

Landesgruppen sind Unterorganisationen der Fraktionen des Deutschen Bundestages, die weitestgehend im Verborgenen agieren. Sie „sind Interessenvertretungen als geographisch-organisatorische Untergliederungen einer Fraktion“⁶ und setzen sich aus den Fraktionsmitgliedern der jeweiligen Bundesländer zusammen. Die Größe einer innerfraktionellen Landesgruppe hängt folglich davon ab, wie viele Mandate eine Partei in den Wahlkreisen und über die Landesliste in einem Bundesland erhalten hat. So könnte jede Fraktion theoretisch Landesgruppen bilden, allerdings weisen die landsmannschaftlichen Gruppierungen von SPD und CDU/CSU schon allein aufgrund der Mitgliederzahl einen weitaus höheren Formalisierungsgrad auf als die der kleineren Fraktionen.⁷

Die Existenz und Notwendigkeit von Landesgruppen im Bundestag speist sich aus der Tatsache, dass die Parteien in der Bundesrepublik, korrespondierend zum Staatswesen, eine föderale Struktur aufweisen.⁸ So sind es die Landesverbände der Parteien, die sich an der Spitze zur Bundespartei zusammenschließen. Die Landesgruppen übertragen folglich das föderative Strukturelement in den parlamentarischen Raum.⁹ Die geführten Interviews machen deutlich, dass sie es sind, die landesspezifische Themen in den innerfraktionellen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einbringen, nachhaltig sichtbar machen und zur Diskussion stellen.

Wie bereits angerissen, gibt es bisher keine Untersuchung, die sich, jenseits der CSU-Landesgruppe, explizit mit der Bedeutung der Landesgruppen der anderen Fraktionen im Bundestag auseinandersetzt. Bruchstückhafte Aussagen zu den landsmannschaftlichen Gruppierungen der Fraktionen lassen sich immer dann finden, wenn Organisationsstruktur und Arbeitsweise des Fraktionenparlaments im Zentrum stehen. So bezeichnet *Gerald Kretschmer* sie als „mehr oder weniger gewichtig“¹⁰ für die innerfraktionelle Entscheidungsfindung, während *Werner J. Patzelt* sie zu den „wichtigsten Stätten parlamentarischer Entscheidungsfindung“¹¹ zählt. Für *Tim Spier* und *Ulrich von Alemann* spielen „auch die Landesgruppen eine nicht zu unterschätzende Rolle“¹², während sie für *Wolfgang Ismayr* auf der einen Seite die Funktion eines Seismographen übernehmen, auf der anderen Seite zu-

6 Hans-Joachim Stelzl, Der Deutsche Bundestag im Bundesstaat. Föderale Aspekte eines unitarischen Organs, in: Ines Härtel (Hrsg.), Handbuch Föderalismus, Band I, Wiesbaden 2012, S. 627 – 649, S. 641.

7 Vgl. Wolfgang Ismayr, Der Deutsche Bundestag, Wiesbaden 2012, S. 110 f.

8 Vgl. Winfried Steffani, Parteien (Fraktionen) und Ausschüsse im Deutschen Bundestag, in: Uwe ThaySEN / Roger H. Davidson / Robert G. Livingston (Hrsg.), US-Kongress und Deutscher Bundestag: Bestandsaufnahmen im Vergleich, Opladen 1988, S. 260 – 280, S. 276.

9 Vgl. Josef Schmid, Die CDU: Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen, Opladen 1990, S. 165.

10 Gerald Kretschmer, Fraktionen: Parteien im Parlament, Heidelberg 1992, S. 110.

11 Werner J. Patzelt, Abgeordnete und ihr Beruf, Berlin 1995, S. 62.

12 Tim Spier / Ulrich von Alemann, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 439 – 467, S. 450.

mindest der Einfluss der Landesgruppen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion zu vernachlässigen sei, da ihre Treffen angeblich nicht institutionalisiert seien.¹³ Am Rande werden Landesgruppen auch dann erwähnt, wenn es um informelle Prozesse im Parlament geht. *Manfred Schwarzmeier* verweist in seiner Dissertation unter anderem auf informelle Mitsteuerungsmöglichkeiten der Landesgruppen bei Sach- und Personalentscheidungen und die Rolle bei der sozialen Integration der Abgeordneten.¹⁴ Die Sozialintegrationsfunktion der Landesgruppen erwähnen auch *Stefanie Bailer* u.a. an einer Stelle ihrer Untersuchung zu Seiteneinstiegern im Bundestag.¹⁵ So deutet sich an, dass Landesgruppen für die Netzwerkbildung im Parlament bedeutend sein können, eine Funktion, die Seiteneinstiegern oftmals fehlt.

In der explorativen Studie, auf die dieser Aufsatz basiert, wurden insbesondere die Einflussmöglichkeiten der landsmannschaftlichen Gruppierungen von CDU und SPD auf Personal- und Sachentscheidungen sowie die Verknüpfung zur landespolitischen Ebene in den Blick genommen, indem Landesgruppenvorsitzende von CDU und SPD interviewt wurden.

2. Landesgruppen von SPD und CDU im Bundestag

Die Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion sind ebenso wenig in der Fraktionsgeschäftsordnung genannt wie die ideologischen Flügel. Sie verfügen folglich über keinerlei formell gesicherten Rechte, um Einfluss geltend machen zu können. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie keine nachhaltige Wirkung im innerfraktionellen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess entfalten können. In der SPD-Bundestagsfraktion haben sich gegenwärtig 15 Landesgruppen organisiert (vgl. Tabelle 1).

Die mit Abstand größte Landesgruppe kommt aus dem traditionell stark sozialdemokratisch gefärbten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Sie stellt auch in der 19. Wahlperiode mit 41 Abgeordneten mehr als ein Viertel der SPD-Fraktion. Die Landesgruppe der ostdeutschen Bundesländer, in denen die Abgeordneten meist ausschließlich über die Landeslisten in den Bundestag einziehen, verfügen nur über eine Handvoll Mitglieder. Daher schließen sie sich traditionell zur „Landesgruppe-Ost“ zusammen, die gegenwärtig 21 Mitglieder (14 Prozent) umfasst.

Zwar werden auch in der CDU die Landesgruppen nicht explizit in der Arbeitsordnung genannt, allerdings sind sie über den so genannten Sprecher der CDU-Landesgruppen formal in den Geschäftsführenden Vorstand eingebunden (§ 5).¹⁶ So fungiert ein Vertreter als direktes Bindeglied zwischen Landesgruppen und Fraktionsführung. Darauf hinaus erwachsen hieraus weitere Einfluss- und Steuerungspotenziale. Auch alle anderen CDU-Landesgruppenvorsitzenden können, im Gegensatz zu ihren SPD-Kollegen, formell gesichert an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit beratender Stimme teilnehmen (§ 6).

13 Vgl. *Wolfgang Ismayr*, a.a.O. (Fn. 7), S. 111.

14 Vgl. *Manfred Schwarzmeier*, *Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag*, Wiesbaden 2001.

15 Vgl. *Stefanie Bailer / Peter Meißner / Tamaki Ohmura / Peter Selb*, *Seiteneinsteiger im Deutschen Bundestag*, Wiesbaden 2013, S. 109.

16 Arbeitsordnung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 19. Wahlperiode.

Tabelle 1: Landesgruppen in der SPD-Bundestagsfraktion, 19. Wahlperiode

Bundesland	Mitgliederzahl	Anteil an Gesamtfaktion (in %)
Schleswig-Holstein	6	4
Niedersachsen und Bremen	22	14
Hamburg	5	3
Nordrhein-Westfalen	41	27
Bayern	18	12
Baden-Württemberg	16	10
Hessen	12	8
Rheinland-Pfalz	9	6
Saarland	3	2
Berlin	5	4
Sachsen	4	3
Sachsen-Anhalt	3	3
Mecklenburg-Vorpommern	2	1
Brandenburg	4	3
Thüringen	3	2

Anmerkung: Abweichungen von 100 ergeben sich aufgrund von Rundungen.
Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 2: Landesgruppen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 19. Wahlperiode

Bundesland	Mitgliederzahl	Anteil an Gesamtfaktion (in %)
Schleswig-Holstein	10	4
Niedersachsen und Bremen	22	9
Hamburg	4	2
Nordrhein-Westfalen	42	17
Bayern (CSU-LG)	46	19
Baden-Württemberg	38	15
Hessen	17	7
Rheinland-Pfalz	14	6
Saarland	3	1
Berlin	6	2
Sachsen	12	5
Sachsen-Anhalt	9	4
Mecklenburg-Vorpommern	6	2
Brandenburg	9	4
Thüringen	8	3

Anmerkung: Abweichungen von 100 ergeben sich aufgrund von Rundungen.
Quelle: Eigene Darstellung.

In der 19. Wahlperiode hat die CSU im Bundestag die NRW-Landesgruppe als größte landsmannschaftliche Gruppierung wieder abgelöst (vgl. Tabelle 2). Genau wie bei der SPD schließen sich die ostdeutschen CDU-Abgeordneten zu einer übergeordneten Landesgruppe, der Kommission „Aufbau-Ost“, zusammen, um so eine größere Wirkung in der Gesamtfraktion erlangen zu können. Mit der weitaus am meisten formalisierten CSU-Landesgruppe kann man die landsmannschaftlichen Gruppierungen von SPD und CDU nur schwer vergleichen. Dies lässt sich zum einen daran festmachen, dass sich die CSU im Bundestag, anders als die Landesgruppen von CDU und SPD, eine eigene Geschäftsordnung gibt, die Aufbau und Struktur bestimmt. Diese Geschäftsordnung konstituiert, genau wie bei den anderen Bundestagsfraktionen, eine Vollversammlung als zentrale Beschlussinstanz, eine aus Arbeitskreisen bestehende mittlere Arbeitsebene sowie einen Vorstand, der die Geschäfte führt, die Integrationsverantwortung innehat und die geschlossene Vertretung nach außen übernimmt.¹⁷

Zum anderen spricht die „Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU“, die zu Anfang jeder Wahlperiode zwischen diesen beiden Partnern neu verhandelt und beschlossen wird, der CSU-Landesgruppe ein hohes Maß an Selbstständigkeit und formell gesicherten Einflussrechten zu.¹⁸ So ist der gewählte Vorsitzende der CSU-Landesgruppe kraft seines Amtes zugleich stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Darüber hinaus kann die CSU-Landesgruppe gemäß den Stärkeverhältnissen in der Gesamtfraktion eine gewisse Zahl von Arbeitsgruppen- und Ausschussvorsitzenden benennen. Die CSU-Landesgruppe besitzt folglich eine starke und formell gesicherte Stellung in der Fraktionsgemeinschaft. Mit Blick auf die landsmannschaftlichen Gruppierungen von CDU und SPD lässt sich die CSU-Landesgruppe daher kaum als solche beschreiben, sondern muss eher als autonome „Fraktion innerhalb der Fraktion“¹⁹ bezeichnet werden.

3. Einflussfelder der Landesgruppen in der Fraktion als Handlung- und Organisationseinheit

Vor dem Hintergrund der öffentlich dominierenden CSU-Landesgruppe wird oft übersehen, dass auch die Fraktionen von SPD und CDU über landsmannschaftliche Gruppierungen verfügen, die meinungsbildend in der Fraktion wirken.²⁰ Ziel der explorativen Studie war es folglich, die Handlungsfelder und Einflusspotenziale der Landesgruppen von SPD und CDU im Deutschen Bundestag auszuleuchten und diese informelle Arena parlamen-

17 Vgl. Yvonne Hempel, Statthalter einer bundespolitischen Partei oder Juniorpartner der Union? Die Stellung der CSU-Landesgruppe in Berlin, in: Gerhard Hopp / Martin Sebaldt / Benjamin Zeitler (Hrsg.), Die Stellung der CSU-Landesgruppe, Wiesbaden 2010, S. 287 – 308, S. 290 f.

18 Vgl. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen der CDU und CSU für die 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, <https://www.csu-landesgruppe.de/sites/default/files/2017-09/Fortf%C3%BChrung%20Fraktionsgemeinschaft%2019.%20WP.pdf> (Abruf am 13. Mai 2018).

19 Hans Peter Schwarz, Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 279.

20 Vgl. ebenda, S. 306.

tarischen Handelns sichtbar zu machen. Insbesondere sollte gezeigt werden, auf welche innerfraktionellen Entscheidungen die Landesgruppen in besonderem Maße Einfluss nehmen.

3.1. Der Einfluss der Landesgruppen auf Sachentscheidungen

Es sind die Fraktionen im Bundestag, die die Hauptarbeit im parlamentarischen Alltag übernehmen und demzufolge auch als Motoren und Kraftzentren bezeichnet werden können²¹ und faktisch die Träger der Parlamentsfunktionen sind.²² Sie sind es, die auf der innerfraktionellen-parlamentarischen Arbeitsebene die sachpolitische Detailarbeit leisten. Die vielfältigen Diskussions- und Aushandlungsprozesse, an denen neben den Arbeitsgruppen der Fraktionen weitere innerfraktionelle Gruppierungen beteiligt sind, tragen zur Legitimität der allgemeinverbindlichen Entscheidungen des Parlaments bei. Welchen Anteil an diesen Prozessen die Landesgruppen haben und zu welchem Zeitpunkt sie aktiv werden, wurde im Rahmen der Interviews offensichtlich.

Wie skizziert, konstituieren die Landesgruppen ein föderatives Element im parlamentarischen Raum. Ihr selbstgestecktes Ziel ist es dementsprechend einerseits, Anliegen aus den Wahlkreisen und bundeslandspezifische Themen in den Beratungsprozess ihrer Fraktion hineinzutragen. Andererseits stellt die Landesgruppe ein Gremium dar, in dem vorliegende Gesetzentwürfe vor dem Hintergrund landesspezifischer Gegebenheiten diskutiert, Argumente ausgetauscht und diese auf Zustimmung getestet werden.

„Also wir beleuchten natürlich erstmal unsere Themen auch unter einem [Bundesland] Gesichtspunkt; wir versuchen in der Landesgruppe zunächst erstmal, zusammenzuarbeiten bei kritischen Themen, auch eine Meinung aus [Bundesland] Sicht zu bilden und versuchen dann diese Position, die wir uns da erarbeitet haben, auch ein Stück weit in die Fraktion zu tragen und was eigentlich auch ganz gut gelingt, insbesondere wenn man sich vorher mit anderen Landesgruppen ein bisschen abgestimmt hat.“ (SPD-Landesgruppenvorsitzender)

Da nahezu alle Sitzungen der Landesgruppen in CDU und SPD mindestens einmal pro Sitzungswoche stattfinden, nehmen sie zu einem nicht unwesentlichen Maße Anteil am Meinungs- und Willensbildungsprozess der Bundestagsabgeordneten. Sie bieten in diesem Sinne für die Repräsentanten auch die Möglichkeit, sich jenseits ihrer innerfraktionell festgelegten Berichterstattungen auszutauschen und spezifische Wahlkreisthematiken zu diskutieren.

Die Landesgruppen werden nicht bei allen Gesetzesvorhaben gleichermaßen aktiv. Sie treten als schlagkräftiges Kollektiv insbesondere dann in Erscheinung, wenn einzelne Initiativen den Interessen des Bundeslandes widerstreben oder landesspezifische Gegebenheiten unberücksichtigt lassen. Als Beispiel für ein solches landesspezifisches Thema hat sich im Laufe der Untersuchung die Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) präsentiert. Hier vertraten die Bundesländer zum Teil diametral entgegengesetzte Interessen.

21 Vgl. Susanne Linn / Frank Sobolewski, So arbeitet der Deutsche Bundestag, Rheinbreitbach 2015, S. 20.

22 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer, Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1997, Opladen / Wiesbaden 1998, S. 16 ff.

Folglich hatten die Abgeordneten mit Blick auf die heimatliche Region ein hohes Eigeninteresse daran, als Kollektiv Einfluss auf den innerfraktionellen Willensbildungsprozess zu nehmen.

Identifizieren Landesgruppen in solch einem Fall in einem Referentenentwurf Aspekte, die den Interessen ihres Bundeslandes als Ganzem oder denen der landespolitischen Akteure zuwiderlaufen, machen sie frühzeitig gegenüber der Fraktionsführung sichtbar, dass inhaltliche Veränderungen am Gesetzentwurf Bedingung für die Zustimmungsbereitschaft der Landesgruppenmitglieder ist.

„[...] Und inhaltlich haben wir über das Netzentgeltmodernisierungsgesetz gesprochen, welches möglicherweise in erster Lesung noch vor der Sommerpause in den Bundestag kommt, wobei bei den Netzentgelten der Osten, die Benachteiligung Ostdeutschlands insgesamt, nicht behoben wird. Und haben uns verständigt, dass wir als Landesgruppe gegenüber der Fraktionsführung, das ist heute geschehen, signalisieren, dass, wenn das so kommt, dem nicht zustimmen werden. Also Signal an die Fraktionsführung und auch ans Kanzleramt, dass hier die Mitte der Fraktion, was ein seltener Akt der „Widerborstigkeit“ ist, aber dass wir dieser Benachteiligung nicht zustimmen können. Was bedeutet, dass wir natürlich nicht das gesamte Gesetz blockieren wollen, sondern wir wollen es möglicherweise zu einem anderen Zeitpunkt besser beratender aufgesetzt haben.“ (CDU-Landesgruppenvorsitzender)

Dies kann zum einen im Rahmen der Fraktionsvollversammlung geschehen, obwohl dies das letzte Mittel der Wahl ist. Zum anderen kann der Landesgruppenvorsitzende, und das ist der informelle Normalfall, das direkte Gespräch mit der Fraktionsführung suchen und auf etwaige Probleme hinweisen.

Auch kann es dazu kommen, dass Landesgruppen konkrete Änderungsanträge erarbeiten und in den Beratungsprozess der Fraktion einbringen. Damit erweisen sie sich als innerfraktionelles Gremium, in dem konkrete inhaltliche und strategische Arbeit mit Blick auf den innerfraktionellen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess geleistet wird. Die Größe des Handlungsspielraums einer Landesgruppe, bei einem relevanten Gesetzesvorhaben Änderungen zu erreichen, hängt im Wesentlichen von den Mehrheitsverhältnissen der Regierungsmehrheit ab. Sind diese komfortabel, wie etwa in der 18. Wahlperiode, ist abweichendes Stimmverhalten eher zu tolerieren und das Druckpotenzial der Landesgruppe eingeschränkt.

Wie groß die Chance einer Landesgruppe ist, richtungsweisend auf den innerfraktionellen Entscheidungsprozess oder das Agenda-Setting Einfluss zu nehmen, hängt in hohem Maße von ihrer Mitgliederstärke ab.

„Da kann ich ehrlich sein, das ist in der SPD wie bei uns, wenn jemand aus Nordrhein-Westfalen die Hand hebt, dann wird es nicht so ganz einfach für den Rest der Veranstaltung. Das ist natürlich was anderes, als wenn da so eine kleine Landesgruppe kommt, das ist schon so.“ (CDU-Landesgruppenvorsitzender)

Vor dem Hintergrund demokratischer Spielregeln ist die Gruppengröße der relevante Faktor, wenn es um die Platzierung und Durchsetzung der eigenen Interessen geht – sach- und personalpolitisch. Für kleinere Landesgruppen ist es demnach sinnvoll, sich Unterstützer in den anderen landsmannschaftlichen Gruppierungen zu suchen, um im Aushandlungsprozess wahrgenommen zu werden. Auch aus diesem Grund haben sich die ostdeutschen Landesgruppen von SPD und CDU, die für sich genommen aufgrund der vergleichsweise geringen Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer eher kleine Gruppierungen darstellen, jeweils zu einer großen Landesgruppe Ost zusammengeschlossen.

„Es ist ja auch so, dass man natürlich sagen muss, dass man als relativ kleine Landesgruppe natürlich bundespolitisch, was jetzt spezifische Themen betrifft, natürlich eher Probleme hat, bestimmte Sachen durchzusetzen und daher röhrt das ja, dass wir gesagt haben, ok vor allem die ostdeutschen Landesgruppen schließen sich dann nochmal zusammen, um bestimmte Positionen festzuklopfen. [...] Es ist einfach die Frage, wie man als kleine Landesgruppe seine Schlagkraft erhöhen kann, und da ist Bündnisse schließen ein bewährtes Mittel.“ (CDU-Landesgruppenvorsitzender)

Hinzu kommt, dass die organisatorische und inhaltliche Arbeit der großen Landesgruppen durch zusätzliche Referenten unterstützt wird, die aus den Mitarbeiterpauschalen der Landesgruppenmitglieder vergütet werden. Je größer die Landesgruppe, desto mehr Budget steht für die Beschäftigung von Mitarbeitern zur Verfügung – und somit auch für zusätzliche Kapazitäten, um Positionspapiere oder Anträge zu formulieren. Während den nordrhein-westfälischen Landesgruppen von SPD und CDU derzeit drei beziehungsweise vier Angestellte zur Verfügung stehen, um inhaltliche oder organisatorische Aufgaben zu übernehmen, können kleinere Landesgruppen meist nur einen Mitarbeiter beschäftigen.²³

Bei den sachpolitischen Entscheidungen fungieren die Landesgruppen als wichtiges Kommunikationsscharnier zwischen Fraktionsführung und Gesamtfraktion. Für die Fraktionsführung ist es unabdingbar, abweichende Interessen und Forderungen in der Fraktion, sei es von Einzelnen oder Gruppen, frühzeitig zu kennen, um gegebenenfalls Veränderungen an Inhalt oder Verfahren vorzunehmen. So werden einerseits Strategien und Vorgehensweisen von der Fraktionsführung über die Landesgruppenvorsitzenden an die Landesgruppenmitglieder weitergeleitet. In diesem Kontext kommt dem Landesgruppenvorsitzenden auch die Aufgabe zu, inhaltliche Konflikte bereits in der Landesgruppe zu befrieden und ein gewisses Maß an Geschlossenheit herzustellen.

„Das hatte ich ja eingangs schon mal erwähnt, wenn jemand gegen die Fraktionslinie stimmt, dann macht er das in Abstimmung mit seiner Fraktion, aber er hat auch sein abweichendes Abstimmungsverhalten bei mir anzuzeigen, weil ich es dann gegebenenfalls bin, der vom Fraktionsvorsitzenden angerufen wird, was ist denn da los, wenn nicht alle auf Linie sind. [...]. Bei vielen Sachen ist es natürlich so, dass die Abgeordneten sagen, eigentlich kann ich hier nicht zustimmen, das gibt es halt. Hier spielen natürlich schon die Landesgruppen eine Rolle, weil man hier mal vorbesprechen und diskutieren kann, dass man am Ende vielleicht doch auf einen Nenner kommt.“ (CDU-Landesgruppenvorsitzender)

Andererseits transportieren die Landesgruppenvorsitzenden die inhaltlichen Stand- und Streitpunkte, die in den Landesgruppensitzungen evident geworden sind, zur Fraktionsführung. Es herrscht somit ein beidseitiger Informationsaustausch, der sowohl top-down als auch bottom-up vonstattengeht.

Im Gegensatz zur SPD-Fraktion hat die CDU im Bundestag zur Verfestigung dieser Kommunikationsstruktur ein Amt geschaffen, den Sprecher der CDU-Landesgruppen. Dieser wird von den Landesgruppenvorsitzenden gewählt und ist automatisch Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Fraktion.

23 Vgl. Büro der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, <http://www.nrwspd-landesgruppe.de/kontakt/>; Ansprechpartner der Landesgruppengeschäftsstelle, <http://cdu-landesgruppe-nrw.de/landesgruppe-nrw/mitarbeiter-der-landesgruppe> (Abruf jeweils am 13. Mai 2018).

„Also erstmal ist auch der Vorsitzende der Landesgruppen, der von den Vorsitzenden der Landesgruppen gewählt wird, also der Sprecher der Landesgruppen, im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand. Damit sind wir dann da vertreten. [...]. Das wird dann natürlich wieder mit den Landesgruppenmitgliedern rückgekoppelt, so dass wir ein gutes stufiges Verfahren haben.“ (CDU-Landesgruppenvorsitzender)

Als Vertreter aller Landesgruppen sensibilisiert er die Fraktionsführung regelmäßig für die unterschiedlichen Standpunkte der landsmannschaftlichen Gruppierungen, so dass der Fraktionsvorsitzende in der Lage ist, die Stimmung der Landesgruppen „zu fühlen“, was in letzter Instanz unabdingbar für die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung und die Herstellung von Geschlossenheit ist. Dieses Amt ist hinsichtlich seiner Macht allerdings keineswegs mit dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden zu vergleichen, der die originären Aufgaben eines Fraktionsvorsitzenden übernimmt. Der Sprecher der CDU-Landesgruppen hingegen fungiert im Wesentlichen als institutionalisierter Transmissionsriemen zwischen Fraktionsführung und Landesgruppenmitgliedern.

Demgegenüber gibt es eine Gemeinsamkeit beider landsmannschaftlicher Strukturen: Die Landesgruppenvorsitzenden von SPD und CDU haben unisono die Sitzungen der Landesgruppen als einen Ort beschrieben, wo sowohl vertraulich als auch kritisch diskutiert werden kann. Im Gegensatz zur Fraktionsvollversammlung, in der angesichts der Größe und auch aufgrund mangelnder Vertraulichkeit nicht angemessen diskutiert werden kann, bieten die Landesgruppensitzungen eine Plattform, um vertraulich und ungezwungen zu diskutieren.

„Sie gibt Orientierung, ich glaube gerade für junge, also neue Abgeordnete, ist sie ein Ort, wo man auch viele Fragen stellen kann, wo man Orientierung, Unterstützung und Hilfe bekommt [...]. Aber eigentlich ist das eher so ein Ort, der hat fast einen familiären Charakter, also das ist ein ganz anderes Verhältnis als in der Fraktion.“ (SPD-Landesgruppenvorsitzender)

Hier können die Abgeordneten auch jenseits der eigenen Berichterstattungen an Diskussionen partizipieren und politischen Input sowie Erfahrungen aus den Wahlkreisen beitragen. Die Landesgruppe spielt folglich eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, konkrete Wahlkreisthemen in einem ersten Schritt in die parlamentarische Sphäre hineinzutragen. In einer eng getakteten Sitzungswoche eröffnet sich für den Abgeordneten jenseits der Landesgruppe ansonsten kaum die Möglichkeit, wahlkreisspezifische Inhalte offen zur Diskussion zu stellen und potenzielle Mitstreiter zu finden, die womöglich mit gleichen Herausforderungen zu kämpfen haben. Im Zuge dessen dient die Landesgruppe auch als zentraler Ort des Ausprobierens und der parlamentarischen Sozialisation.

Schließlich hängt der Einfluss der Landesgruppen auch maßgeblich davon ab, inwieweit ihr Handlungsspielraum durch andere innerfraktionelle Gruppierungen begrenzt wird. Im Fall der SPD-Fraktion sind die ideologischen Flügel zu nennen, die insbesondere dann aktiv werden, wenn Themen grundlegende Konfliktlinien zutage fördern. Tangiert demgegenüber eine Gesetzesinitiative eher die Interessen der Bundesländer, wirken die Landesgruppen im Sinne ihrer Länder auf den Aushandlungsprozess ein. Hier kommt dem Landesgruppenvorsitzenden eine moderierende Position zu, indem er Argumente gegeneinander abwägt und einen Ausgleich zwischen ideologischen und regionalen Interessen herstellt.

3.2. Rolle der Landesgruppen bei Personalentscheidungen in Fraktion, Parlament und Regierung

Die Besetzung von Ämtern und Gremien im Bundestag erfolgt nicht durch das Parlament als Ganzes, sondern ist eine weitere Hauptaufgabe der Bundestagsfraktionen und von zentraler Bedeutung für den parlamentarischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess.²⁴ So befinden die Fraktionen darüber, welches ihrer Mitglieder in welchen Bundestagsausschuss entsandt wird und wer für einen Ausschussvorsitz in Frage kommt. Aber auch bei der Entscheidung, wer als parlamentarischer Staatssekretär auf die Regierungsbank wechselt, haben die Fraktionen ein gehöriges Wort mitzureden. Sie bestimmen folglich nicht nur über die Personalbesetzung in den eigenen Reihen, sondern es sind die Fraktionen, die weite Teile des Bundestages und der Regierung besetzen und so die parlamentarische Arbeitsfähigkeit herstellen. Insbesondere in diesem Handlungsbereich der Fraktionen von SPD und CDU/CSU nehmen die Landesgruppen eine hervorgehobene Stellung ein.

Noch vor der Konstituierung der Fraktion werden sowohl bei der CDU als auch bei der SPD die Landesgruppen gegründet und ein oder mehrere Sprecher gewählt. In den frisch gebildeten Landesgruppen werden anschließend die Ausschusspräferenzen der Abgeordneten gesammelt und diskutiert. Die Landesgruppenvorsitzenden versuchen dann im weiteren Verhandlungsprozess, den Wünschen ihrer Mitglieder nachzukommen. Dieser Verhandlungsprozess unterscheidet sich zwischen SPD und CDU jedoch grundlegend: Die CDU im Bundestag verfügt über ein spezielles, über die Zeit gewachsenes Gremium zur Ausschuss- und Ämterbesetzung, das die Personalbesetzung in Fraktion, Parlament und in Teilen der Regierung wesentlich bestimmt. Dieser so genannten Teppichhändlerrunde gehören neben den Landesgruppenvorsitzenden mittlerweile auch die Sprecher der soziologischen Gruppen an. In dieser informellen Runde gilt nicht das Mehrheitsprinzip, sondern Entscheidungen werden vornehmlich ausgehandelt und im Konsens getroffen.

„Das Entscheidende ist, aus meiner Sicht, dass nach einer Neuwahl und bevor sich ein Parlament konstituiert und Fraktionen konstituieren, sich die Landesgruppen konstituieren. Das Erste was sich hier bildet, sind die Landesgruppen. Die gewählten Abgeordneten aus einem Bundesland treffen sich und strukturieren sich, also wer wird Vorsitzender, wer wird Sprecher dieser Landesgruppe und so weiter. Und diese Landesgruppen sind für die sich dann bildende Fraktionsspitze, der Fraktionsvorsitzende wird ja auf Vorschlag der beiden Bundesparteivorsitzenden der CDU/CSU gewählt, aber alles was dann danach kommt: Stellvertreter, Ausschussvorsitzende oder Sprecher, wird eigentlich in guter kollektiver Abstimmung in dieser Runde der Landesgruppenvorsitzenden festgelegt.“ (CDU-Landesgruppenvorsitzender)

Die Personalbesetzung wird folglich nicht durch den Fraktionsvorstand vorgegeben und durch die Fraktionsvollversammlung abgenickt, sondern die Vorauswahl findet im Wesentlichen innerhalb dieser informellen Runde auf der mittleren Fraktionsebene statt und wird im Anschluss durch die Fraktionsvollversammlung bestätigt. Aus den Interviews ging hervor, dass die Teppichhändlerrunde vor allem zu Beginn einer Wahlperiode für die Besetzung des Fraktionsvorstandes, der Ausschüsse, der Sprecher der Arbeitsgruppen, der par-

24 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer, a.a.O. (Fn. 22), S. 266 f.

lamentarischen Staatssekretäre und der Ausschussvorsitze sorgt. Die Landesgruppen der CDU haben also essentiellen Einfluss auf die Ämterbesetzung in Fraktion, Parlament und Regierung.

Auch die Landesgruppen der SPD versuchen auf die Vergabe dieser Positionen einzuwirken. Die SPD-Fraktion verfügt allerdings über kein derartig informell institutionalisiertes Gremium. Hier werden zu Beginn einer Wahlperiode die Ausschusspräferenzen der Abgeordneten gesammelt und durch den Landesgruppenvorsitzenden gegenüber der Fraktionsführung artikuliert. Es ist also nicht der einzelne Abgeordnete, der in Verhandlungen mit der Fraktionsspitze um seine Ausschusszugehörigkeit tritt, sondern der Landesgruppenvorsitzende agiert als Verhandlungsführer und Interessenvertreter.

„Es gibt, glaube ich, ein oder zwei Ausschüsse, wo niemand drin ist, aber wir kriegen das meistens ganz gut hin, dass wir die Neigungen und Interessen der Abgeordneten dann auch bei der Ausschusszuteilung abbilden, aber dafür setze ich mich dann auch ein als Landesgruppenvorsitzende gegenüber der Fraktionsführung, dass wir entsprechend vertreten sind.“
(SPD-Landesgruppenvorsitzende)

Ein gewisser Landesproporz spielt bei beiden Fraktionen – neben persönlicher Eignung und Erfahrung – eine wichtige Rolle bei Personalentscheidungen, wobei die Flügelzugehörigkeit in der SPD-Fraktion stets eine wichtige Variable ist. Ihre Landesgruppenvorsitzenden haben unterstrichen, dass die ideologischen Flügel insbesondere bei Personalbesetzungen großen Einfluss ausüben. In der SPD, im Gegensatz zur CDU, wo die regionale Repräsentation einen weitaus wichtigeren Faktor als die Abbildung der soziologischen Gruppen darstellt, muss bei Personalentscheidungen ein fortwährender Ausgleich zwischen ideologischen und landsmannschaftlichen Hintergründen gelingen.

Da die SPD-Bundestagsfraktion über kein institutionalisiertes Gremium verfügt, das im Konsens über die Besetzung etwa von Ausschussvorsitzen oder dem Fraktionsvorstand befindet, werden für Personalentscheidungen in der Fraktionsvollversammlung oftmals Koalitionen zwischen einzelnen Landesgruppen geschmiedet, wenn man sich nicht vorher auf einen Kandidaten einigen konnte oder der Vorschlag des Fraktionsvorstandes keine Zustimmung findet. Mit der Zeit hat sich ein Bündnis aus drei großen Landesgruppen gebildet, das sich vor Personalentscheidungen abstimmt: Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen/Bremen. Mit derzeit 81 Abgeordneten stellt diese Gruppierung die Mehrheit in der Fraktion und bestimmt so maßgeblich über die Personal- und Stellenbesetzung in Fraktion, Parlament und Regierung:

„Ja! Maßgebend ist die Zusammenarbeit von drei Landesgruppen der SPD-Fraktion, zwischen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern, wenn die die Hand heben, dann ist das eine Mehrheit in der Fraktion. Und von daher ist auch schon viel Kraft dahinter. [...]. Das Bündnis gibt es schon sehr lange. Auch als die Landesgruppen noch nicht so dominant waren, da gab es schon dieses Bündnis. Und mittlerweile ist es so, dass sich wirklich alle an Abgesprochenes halten, das kann man schon bei Wahlen deutlich erkennen. Es wird ja alles gewählt in der Fraktion, von daher ist das Gewicht bei Personalentscheidungen schon groß.“
(SPD-Landesgruppenvorsitzender)

Damit ist nicht gesagt, dass die kleinen Landesgruppen der SPD-Fraktion systematisch benachteiligt werden. Der Fraktionsvorstand versucht mit seinen Personalempfehlungen stets, einen angemessenen Ausgleich zu finden und alle Landesgruppen gemäß ihrem Stärkeverhältnis abzubilden. Wenn es bei Personalentscheidungen allerdings auf eine Kampfab-

stimmung in der Fraktionssitzung hinausläuft, kommt diesem Bündnis eine große Bedeutung zu.

3.3. Austausch- und Kommunikationskanäle zwischen Landes- und Bundesebene

Als geographisch-organisatorische Interessenvertretungen versuchen die Landesgruppen, landesspezifische Themen in der Fraktion sichtbar zu machen und in den parlamentarischen Willensbildungsprozess einzuspeisen. Um vor diesem Hintergrund als Schnittstelle zwischen Landes- und Bundesebene zu fungieren, haben die meisten der betrachteten Landesgruppen von SPD und CDU institutionalisierte Austausch- und Kommunikationskanäle zwischen Landesverbänden, Landtagsfraktionen und gegebenenfalls Landesregierungen geschaffen, um einen stetigen und wechselseitigen Informationsaustausch sicherstellen zu können.

„Oder wir haben auch zum Beispiel in [Bundesland] jeden Montag eine Führungsschalte, Landtagsfraktion, Bundestagsabgeordnete, Parteispitze, da bin ich auch für die Landesgruppe mit dabei. Also es ist so, das ist schon bisschen weiter als das, was hier in Berlin stattfindet.“ (SPD-Landesgruppenvorsitzende)

So ist beispielsweise der Landesgruppenvorsitzende von Amts wegen häufig automatisch Mitglied des Parteivorstandes auf Landesebene.

Ist die eigene Partei im Bundesland in Regierungsverantwortung, laufen die Austauschprozesse kontinuierlich über die Repräsentanzen der Länder beim Bund. Hier sind es die Bevollmächtigten der Landesvertretungen beziehungsweise Fachreferenten, die den Landesgruppen beiwohnen und die Fraktionsmitglieder für die Interessen des Bundeslandes sensibilisieren.

„Fester Punkt in der Tagesordnung ist immer der Bericht des Bevollmächtigten, also des Staatssekretärs in der Landesvertretung, der aus dem Bundesrat berichtet, was [Bundesland] Anliegen dort angeht, also Gesetzentwürfe, die gerade im Verfahren sind, wo [Bundesland] versucht, über die Ausschüsse nochmal Einfluss zu nehmen und wo wir dann im Bundestag im entsprechenden Verfahren dann auch über die Abgeordneten Einfluss nehmen können, aus Sicht [Bundesland] und dann ist Aussprache dazu, zu diesen Berichten des Bevollmächtigten.“ (CDU-Landesgruppenvorsitzender)

Die Landesvertretungen sind ein nicht zu unterschätzender Faktor, da Abgeordnete über die Landesministerien auf Informationen zurückgreifen können, die für sie im innerfraktionellen Aushandlungsprozess nützlich sein können.

Einerseits fungiert die Landesgruppe somit als weitere Koordinationsplattform zwischen Landes- und Bundesebene. Diese Koordination ist auch die Grundlage dafür, dass Forderungen geschlossen und einheitlich auf den unterschiedlichen Ebenen und in den verschiedenen Bund-Länder-Gremien artikuliert werden können. Andererseits werden die Landesgruppen als zentraler Anlaufpunkt genutzt, um Interessen der Bundesländer in den parlamentarischen Willensbildungsprozess auf Bundesebene einzuspeisen. Die Landesvertretungen pflegen folglich nicht nur zu den Ministerialverwaltungen und den Arbeitsgruppen, sondern vor allem auch zu ihren Landesgruppen enge Kommunikations- und Austauschkanäle, um landespolitische Vorstellungen frühzeitig in den innerfraktionellen

Aushandlungsprozess hineinzutragen. Diese Möglichkeit erlischt natürlich, wenn keine Regierungsverantwortung auf Landesebene vorliegt.

4. Fazit: Landesgruppen als innerfraktioneller Transmissionsriemen

Die politisch-strategische Rolle der Landesgruppen von SPD und CDU im innerfraktionellen Aushandlungsprozess ist wichtiger, als der marginale Forschungsstand auf den ersten Blick vermuten lässt. Auf den zweiten Blick müssen die Landesgruppen als offiziell institutionalisierte Faktionen begriffen werden, die innerhalb unterschiedlicher Entscheidungsarenen gezielt Einfluss geltend machen.²⁵ Auf der Grundlage eines hohen Organisations- und Institutionalisierungsgrades versuchen sie, gruppenintern formulierte Ziele innerhalb der Fraktion zu verwirklichen. Sie dürfen folglich nicht als lose strukturierte Gruppierungen, sondern müssen als wichtige innerfraktionelle Aktionseinheiten definiert werden.

Neben den Arbeitsgruppen bieten die Landesgruppen Raum für eine aktive Meinungs- und Willensbildung in der Fraktion. Während dies in den Arbeitsgruppen in einem rein fachlichen Kontext geschieht, können die Abgeordneten in den Landesgruppensitzungen Gesetzentwürfe auch jenseits der eigenen Berichterstattung diskutieren. Zum einen fördert dies wesentlich das Innovationspotenzial der Parlamentarier, zum anderen können sie Themen aus ihrem Wahlkreis zur Sprache bringen und Lösungsansätze auf Zustimmung testen. Insofern fungieren die Landesgruppen als zentraler und nahezu einziger Ort, um Wahlkreisthemen in einem ersten Schritt in den parlamentarischen Willensbildungsprozess hineinzutragen und offen in größerer Runde zu diskutieren. In diesem Sinne müssen sie als Vertrauensinsel und Ort der parlamentarischen Sozialisation begriffen werden.

Das Amt des Landesgruppenvorsitzenden hat sich bei beiden Fraktionen als wichtige Position im mittleren Fraktionsmanagement präsentiert. Längst hat es sich als eine begehrenswerte Stellung etabliert, um auf der mittleren Managementebene Verantwortung zu übernehmen und sich für weitere Aufgaben zu empfehlen. Dem Vorsitzenden kommt nicht nur die Aufgabe zu, die Positionen der eigenen Landesgruppe an die Fraktionsführung zu spiegeln, sondern er ist es auch, der die Strategien und Vorhaben der Fraktionsführung in die Landesgruppe trägt und hier bereits für Zustimmung wirbt. In diesem beidseitigen Kommunikationsprozess kann man die Landesgruppen auch als Transmissionsriemen bezeichnen, die für einen ständigen Austausch zwischen Fraktionsführung und -basis sorgen und zusätzlich den Diskussions- und Aushandlungsprozess antreiben.

In der sachpolitischen Entscheidungsarena treten sie insbesondere dann auf den Plan, wenn Gesetzesinitiativen die jeweiligen Landesinteressen tangieren. Die Bedeutung der Landesgruppen lässt indes nach, wenn Themen auf die Agenda kommen, die die Konfliktlinien vertikal durch die Landesgruppen hindurchlaufen lassen. Insbesondere bei der SPD-Fraktion ist dies der Fall, da die ideologische Fragmentierung weitaus höher ausgeprägt ist als bei der CDU im Bundestag.

25 Vgl. Matthias Tresf, Faktionen in westeuropäischen Parlamenten, Baden-Baden 2007, S. 314.

Landesgruppen werden auch dann aktiv, wenn es um die Personalbesetzung geht. In der konstituierenden Phase einer Wahlperiode spielen die Landesgruppen beider Fraktionen für die Besetzung der Ausschüsse, der Ausschussvorsitze, des Fraktionsvorstandes und der parlamentarischen Staatssekretäre gleichermaßen eine elementare Rolle. Während bei der CDU ein institutionalisiertes und weitestgehend unabhängig von der Fraktionsführung agierendes Gremium die Ämterbesetzung konsensual regelt, treten bei der SPD-Fraktion die Landesgruppenvorsitzenden gegenüber der Fraktionsführung als Verhandlungsführer auf.

Hinsichtlich der Austausch- und Kommunikationskanäle zwischen Bund und Ländern lässt sich festhalten, dass beide Fraktionen professionalisierte Strukturen entwickelt haben. Alle betrachteten Landesgruppen wiesen eine stark koordinierende Zusammenarbeit mit der Landesebene auf. Einerseits fungiert die Landesgruppe als weitere Koordinationsplattform zwischen Landes- und Bundesebene. Diese Abstimmung ist die Grundlage dafür, dass Forderungen geschlossen und einheitlich auf den unterschiedlichen Ebenen und in den verschiedenen Bund-Länder-Gremien artikuliert werden können. Andererseits werden die Landesgruppen als zentraler Anlaufpunkt genutzt, um Interessen der Bundesländer in den parlamentarischen Willensbildungsprozess einzuspeisen. Die Repräsentanzen beim Bund spielen hier eine hervorgehobene Rolle.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Gewicht der Landesgruppen im innerfraktionellen Entscheidungsprozess nicht unterschätzt werden darf. Sie wirken in unterschiedlichen Entscheidungsarenen und verfolgen gruppenintern formulierte Ziele. Dabei sind sie allerdings nie Opposition innerhalb der Fraktion oder befördern gar Desintegration, sondern verstärken durch die zusätzlichen Diskussions- und Aushandlungsprozesse die Legitimation politischer Entscheidungen.

Weitergehender Forschungsbedarf ergibt sich einerseits daraus, dass auch die AfD-Bundestagsfraktion landsmannschaftliche Gruppierungen gebildet hat. In einer größer angelegten Studie wäre zu prüfen, ob sich die Strukturen und Funktionen der Landesgruppen in den kleinen Fraktionen von AfD, FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen an ihren etablierten Vorbildern orientieren.

Andererseits wurde offensichtlich, dass der Landesgruppenvorsitzende sowohl eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Fraktionsmitgliedern und Fraktionsführung innehat als auch auf Ebene der Landespartei Verantwortung übernimmt. Auch dieses Amt ist von der Parlamentsforschung noch nicht in den Blick genommen worden.